agenzia fides
Fondata nel 1927
Organo di informazione delle Pontificie Opere Missionarie
http://www.fides.org

ASIEN/PAKISTAN - Bischöfe zur neuen Regierung: religiöse Diskriminierung in Schulbüchern muss verhindert werden

Islamabad (Fidesdienst) – Der Mentalitätswandel in Pakistan im Hinblick auf religiöse Intoleranz muss in den Schulen beginnen. Darauf weist die bischöfliche „Justitia et Pax“-Kommission den neuen Premierminister des Landes, Nawaz Sharif, hin, wobei sie die religiöse Diskriminierung in Schulbüchern und Lehrplänen beklagt. In einer Verlautbarung, die dem Fidesdienst vorliegt, weist die Kommission auch darauf hin, dass nichtmuslimische Studenten an staatlichen Schulen den Unterricht für Islamkunde besuchen müssen.
Wie aus einer Analyse der Kimmission hervorgeht, die dem Fidesdienst vorliegt, enthalten 55 Kapitel in 22 Schulbüchern, die in den Schulen der Provinzen Sindh und Punjab benutzt werden fehlerhafte Darstellungen, die das Empfinden religiöser Minderheiten beleidigen und diese diskriminieren.
In der Verlautbarung betont der Geschäftsführer der Kommission, Peter Jacob, dass das Dilemma darin besteht, dass oft nicht zwischen „Bildung und Verbreitung von Hass“ unterschieden wird, da in den Schulbüchern historische Ereignisse falsch dargestellt werden, was bereits bei Kindern zu Vorurteilen führt, die später Intoleranz gegenüber religiösen Minderheiten begünstigen. Nach Ansicht von Jacob ist „ein solcher Ansatz ganz offensichtlich diskriminierend gegenüber nichtmuslimischen Bürgern in Pakistan und verstößt damit gegen die Artikel 18,20,22 und 25 der Verfassung. Die Kommission erinnert daran, dass diskriminierende Darstellungen in den vergangenen Jahren häufiger vorkamen: 2009 waren insgesamt 45 Schulbücher beanstandet worden, heute sind es 213.
Politiker und Institutionen, so Jacob, seien zum Eingreifen aufgefordert, da dieses Thema die Bereiche der Menschenrechte und der Religionsfreiheit betreffe. Die Kommission fordert in diesem Sinne die neue Regierung zu einer Revision der Bildungspolitik auf. Es sollen „diskriminierende Unterrichtsinhalte“ vermieden werden, wozu die Bildung einer unabhängigen Kommission angeregt wird. Außerdem fordert die Kommission, dass nichtmuslimische Schüler vom Unterricht für Islamkunde befreit werden und Religionsunterricht der eigenen Religion oder ein alternatives Unterrichtsfach angeboten wird. (PA) (Fidesdienst, 29/05/2013)

I contenuti del sito sono pubblicati sotto Licenza Creative Common - http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.it